

Konflikten. Die Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) sieht einen Grund hierfür in der mühsamen Umsetzung von Richtlinien der präventiven Friedensentwicklung in praktisches Handeln vor Ort. Um diesem Problem entgegenzuwirken, hat die DEZA ein Handbuch zum Thema »Conflict-Sensitive Programme Management« (CSPM) veröffentlicht. Das Buch ist in vier Abschnitte gegliedert und beginnt mit den Richtlinien für Friedensbildung, die zu einem besseren Verständnis der Zusammenhänge zwischen Konflikt, Frieden und Entwicklungszusammenarbeit beitragen sollen. Die Richtlinien verdeutlichen zudem den Unterschied zwischen langfristiger Friedensentwicklung und kurzfristiger Friedensförderung auf politischer und diplomatischer Ebene. Der zweite Abschnitt gibt eine Einführung in das Conflict-Sensitive Programm Management, dessen Ziel es ist, gewaltsame Konflikte zu verhindern, abzuschwächen und im Kontext der DEZA-Arbeit zu transformieren. Da die DEZA Macht

(Zugang, Verschiebung und Aufteilung von Macht sowie Kämpfe um Macht) als eine der Hauptursachen für gewaltsame Konflikte nennt, setzt sie diese auch in den Mittelpunkt des CSPM. Der dritte Abschnitt gibt konkrete Ratschläge (so genannte »Tip Sheets«) zu methodischen und thematischen Bereichen. Der Methodenteil bietet eine Anleitung für die Anwendung der CSPM-Verfahren. Im thematischen Teil werden die wichtigsten Aspekte eines bestimmten, konfliktpräventionsrelevanten Bereiches beleuchtet. Themen sind hier unter anderem: Sport als Mittel zur Friedensbildung, Gender und Friedensbildung oder Landnutzung und Wasser in Bezug auf gewaltsame Konflikte. Die Tip Sheets werden fortwährend ergänzt und aktualisiert, sobald sich ein neues Thema im Bereich der Konfliktprävention ergibt. Erstellt werden sie von der Abteilung COPRET (Conflict Prevention and Transformation) in Kooperation mit externen Beratern und der Gebergemeinschaft des DAC/CPDC Framework. Insgesamt betont die DEZA die Wichtigkeit einer

internationalen Verständigung in dem Handlungsfeld der Konfliktprävention. Daher enthält das Handbuch im vierten Abschnitt ein »Resource Pack«. Die hier aufgeführten »Konfliktsensitiven Ansätze für Entwicklung, Humanitäre Hilfe und Friedensbildung« wurden in einer Arbeitsgemeinschaft mit Partnerorganisationen wie dem Africa Peace Forum, International Alert und Saferworld entwickelt. Die Einführung in das Resource Pack enthält eine Übersicht mit den wichtigsten Begriffen, die auf internationaler Ebene von wissenschaftlichen Instituten und multilateralen Organisationen verwendet werden. Zudem befindet sich in diesem Abschnitt ein Verzeichnis mit der Bibliografie und weiteren Literaturhinweisen.

Das Handbuch kann kostenlos aus dem Internet geladen werden unter: <http://www.deza.admin.ch/index.php?navID=92682&langID=6&userhash=5207633c5049271344efd59d5358bae1>

Svenja Groth

BESPRECHUNGEN

Hans-Georg Ehrhart/Margret Johannsen (Hrsg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden (Nomos) 2005.

Sammelbände, die aus einer Konferenz höchst unterschiedlicher Teilnehmer entstehen, sind selten besonders lesenswert. Dieser von *Hans-Georg Ehrhart* und *Margret Johannsen* – beide Wissenschaftler am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) – herausge-

gebene Band mit der hochaktuellen Frage »Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen?« ist eine Ausnahme; nicht nur wegen seiner Aktualität und Brisanz, sondern auch aufgrund der kontroversen Beiträge. Die Autoren und Autorinnen nähern sich der provokanten Fragestellung aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Dabei ist der jeweilige Blickwinkel nicht unbedingt am fachspezifischen Hintergrund der Autoren und Autorinnen erkennbar, sondern eher an der Nähe oder Distanz zu offizi-

ellen Interpretationen dieses Konzeptes, sei es von Seiten der EU-Kommission oder der gegenwärtigen US-Regierung, die ja letztendlich die Urheberin der »*Broader-Middle-East-Initiative*« (BMEI) ist. Die Annäherung an die Beantwortung der Leitfrage »Übernimmt sich der Westen?« ist in drei Themenkomplexe gegliedert:

1. Herausforderungen für den Westen: Wie stellt sich der Westen insgesamt den neuen Herausforderungen der Region Mittelost?

2. NATO und EU: Welche unterschiedlichen / arbeitsteiligen Konzepte und Strategien verfolgen NATO und EU?

3. sowie schließlich der Abschnitt »Mittelost«, der sich mit Analysen einzelner Länder der Region befasst. Den Abschluss bilden höchst lesens- und überlegenswerte Thesen, Optionen und Empfehlungen über den Umgang mit dieser diffizilen und komplexen Herausforderung.

1. Begriffsverwirrung: Welche Staaten gehören zum »Greater« oder »Broader Middle East«?

Vorausgeschickt sei, dass über die exakte geographische Eingrenzung des Begriffes »Broader Middle East« (BME) offensichtlich keine einheitliche Meinung unter den verschiedenen Autoren des Sammelbandes herrscht. Dies in Rechnung stellend, weisen die Herausgeber in ihrer kurzen Einleitung darauf hin, dass unterschiedlichen Definitionen des Begriffes unterschiedlichen Interessen in der Region entsprechen (11). So besteht der Mittlere Osten für *Dietrich Jung* (Danish Institute for International Studies, Kopenhagen) in seinem äußerst informativen und differenzierten Beitrag mit dem provokanten Titel »Let's Democratize Them – Nation-building im »Broader Middle East« als internationale Herausforderung« aus den arabischen Staaten Nordafrikas, den Staaten des so genannten Fruchtbaren Halbmondes Irak, Israel, Jordanien, Libanon, Palästina und Syrien, der Arabischen Halbinsel, Iran, Afghanistan und der Türkei. »Broader« wird der »Middle East« nach dem Zerfall der Sowjetunion durch die Staaten Zentralasiens, des Kaukasus sowie des Transkaukasus (17). *Bruno Schoch*, Friedensforscher an der HSKF Frankfurt, dagegen hält sich an die offizielle US-Definition: arabische Welt plus Iran, Türkei, Israel, Pakistan und Afghanistan (33). Die zentralasiatischen Länder sowie Kaukasus und Transkaukasus rechnet er ausdrücklich nicht zu dieser Region, da sie im Kampf gegen den Terrorismus zu den Verbündeten Washingtons zählen. Hier unterläuft dem Autor offensichtlich ein Lapsus, sugge-

riert eine derartige Aussage doch, dass die übrigen Staaten des »Greater/Broader Middle East« nicht zu den Verbündeten Washingtons zählen. *August Pradetto*, Professor für Internationale Politik an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg, umschiffet die Klippe der geographischen Definition durch seine Beschränkung auf die Bilanzierung der US-Politik im Mittleren Osten, konkret im Irak. Im Gegensatz zu *Bruno Schoch*, der die Demokratisierungsoffensive der Bush-Regierung im Irak und in der gesamten Region des »Broader Middle East« positiv bewertet, steht *Pradetto* der bisherigen Bilanz der US-Politik im Irak eher skeptisch gegenüber und sieht in ihr keinerlei Anzeichen für eine mögliche Demokratisierung der Region. *Albrecht Schnabel*, Friedensforscher aus Bern, weist gleich zu Beginn seines Beitrags zum Thema »Friedenskonsolidierung und Demokratisierung im »Broader Middle East« auf die Problematik dieses unklar gefassten Begriffes hin: Er zieht es vor, von einer »mental Landkarte« zu sprechen, die »den Geschehnissen nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 entsprang« (63). Er bezeichnet die geographische Region des »Broader Middle East« als eine Region, »die sich durch Konflikt, Gewalt und Unterdrückung immer weiter von der globalen politischen – und vor allem wirtschaftlichen – Integration abzukoppeln scheint« (63). Als einziger Autor dieses ersten Themenkomplexes nennt er das hohe Ausmaß menschlichen Leids in der Region, »erzeugt durch intern und extern verursachte oder unterstützte Gewalt und Instabilität.« (ebd.). Für *Schnabel* geht es nicht darum, »ob Demokratie eine Voraussetzung für Frieden und Ge-

rechtigkeit im Mittleren Osten ist, sondern welcher Weg gewählt werden sollte, um jeder einzelnen Gesellschaft zu einem partizipativen und verantwortlichen politischen System zu verhelfen.« (65). Für ihn beginnt »effektive Terrorismusbekämpfung mit einer gründlichen Auseinandersetzung mit der politischen Kultur der fraglichen Bevölkerung« (ebd.).

2. NATO und EU

Ebenso wie den Autoren des ersten Themenkomplexes ergeht es auch denen des zweiten, die sich mit der Rolle von NATO und EU in der Region beschäftigen, auch bei ihnen herrscht Unklarheit bzw. legen sie unterschiedliche Definitionen über die Region des »Broader Middle East« zugrunde. *Thomas Papenroth* von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin untersucht die geostrategische Bedeutung des Mittelmeeres für die NATO und betont das Bemühen der USA, die NATO in ihr »Greater Middle East-Konzept« einzubinden, schätzt die Erfolgsaussichten dieses Vorhabens jedoch eher gering ein, da die Strategien von EU und USA in der Region in Bezug auf die NATO zu unterschiedlich seien (94). *Svenja Sinjen* und *Johannes Varwick*, beide vom Institut für Politische Wissenschaft der Universität Kiel, kommen zu ähnlichen Schlussfolgerungen über die »Möglichkeiten und Grenzen einer transatlantischen Strategie« für die Region. Ihr Resümee lautet: »Der »Verteidigungs- und Partnerschaftsansatz« der NATO und der ganzheitliche Partnerschaftsansatz der EU können sich im besten Fall ergänzen, im schlechtesten Fall würde er Diktaturen einen Ansatzpunkt bieten, beide Organisationen gegenei-

inander auszuspielen.« (114). Dass die Demokratisierung der arabischen Welt durch den Westen ein »sperriges« Unterfangen ist, unterstreichen beispielhaft die beiden Beiträge von *Annette Jünemann* und *Isabel Schäfer* zur EU-Mittelmeerpolitik und zur neuen europäischen Nachbarschaftspolitik. *Annette Jünemann*, Professorin für Internationale Politik an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg, stellt vor allem die Binnenperspektive der betreffenden Staaten der Region dar und betont das in vielen Bereichen herrschende Misstrauen der Bevölkerung gegenüber westlichen Demokratisierungsversprechen. *Isabel Schäfer* vom Otto Suhr-Institut der FU Berlin ist optimistischer in Bezug auf die Möglichkeiten der EU, »Reformen von innen« in den betreffenden Ländern der Region durchzusetzen.

3. Länderanalysen: Palästina – Afghanistan – Irak – Iran

Eher skeptisch beurteilt *Margret Johannsen* die Erfolgsaussichten eines neuen Anlaufs zur Lösung des Palästina-Konflikts unter dem neuen Präsidenten Abbas. Auch er hat mit den Widrigkeiten der Besatzung zu kämpfen, was die Durchsetzung einer funktionierenden Demokratie eher behindert als fördert. Solange die USA aber den Kern des Problems in der fehlenden Demokratisierung der PA und nicht in der Fortdauer der israelischen Besatzung sehen, sind die Erfolgsaussichten einer Umsetzung des ehrgeizigen Demokratisierungsprojekts der »Greater Middle East-Initiative« eher gering zu veranschlagen. Auch die EU kann fehlendes US-Engagement nicht ersetzen, zu komplex und zu eng sind die Bindungen Israels an die USA.

Dies gilt im Übrigen auch für die Reformbestrebungen der Nachbarstaaten, die ebenfalls eng mit dem weiteren Verlauf des Israel-Palästina-Konflikts verzahnt sind.

Martin Beck vom Deutschen Orient-Institut Hamburg gibt einen historischen Abriss der Entwicklung der außenpolitischen Ansätze von USA und EU gegenüber dem Nahen Osten. Mit Ausnahme der 1990er Jahre – des Oslo-Friedensprozesses – überwogen die Divergenzen in Sicht- und Herangehensweise an das Nahost-Problem zwischen USA und EU. Daran hat sich bis heute wenig geändert, von einer transatlantischen Perspektive zur Lösung des Konflikts kann noch keine Rede sein, zu unterschiedlich sind die strategischen und politischen Interessen beider Akteure in der Region.

Der theoretisch wohl anspruchsvollste Beitrag stammt von *Boris Wilke* von der SWP. Er problematisiert am Beispiel Afghanistan das »Broader Middle East«-Konzept insgesamt, das er eher als »strategisches Dispositiv, den Ursachen des 11. September 2001 beizukommen« (182) sieht denn als entwicklungspolitisches Programm, dessen Ziel die Demokratisierung der gesamten Region ist. Auch er sieht Divergenzen zwischen US-amerikanischen und europäischen Problemlösungsansätzen. Während die USA zumindest auf der verbalen Ebene demokratietheoretische Begründungen ins Zentrum ihrer strategischen Rechtfertigung stellten, seien die Europäer wesentlich bescheidener und setzten auf die mögliche Übertragbarkeit des KSZE-Prozesses auf die Region. Treffend benennt *Wilke* das Paradox, das die Europäer sich mit ihrer Strategie einhandeln: Sie verlangten

ausgerechnet von jenen Regierungen die Unterstützung für ihre Reformen, wohl wissend, dass diese letztlich die Opfer dieser Reformen sein werden (185). *Wilke* plädiert dafür, den »Wiederaufbau Afghanistans als Teil der Krise der Dritten Welt, und nicht der ›islamischen‹ oder gar ›arabischen‹« (193) zu begreifen. Die internationale Staatengemeinschaft sollte das Verhältnis zwischen Afghanistan und seinen Nachbarstaaten als »elementaren Bestandteil des Post-Conflict Peace-Building« begreifen. Für einen derartigen Ansatz ist eine Übertragbarkeit der spezifischen Kräfteverhältnisse in der Mittelmeerregion ungeeignet, die westlichen Alliierten und die NATO in Afghanistan müssten vielmehr für Südasien eine ureigene Nachbarschaftspolitik entwickeln (194).

Florian Kühn von der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg konzentriert seinen Beitrag auf die gravierenden inneren Probleme Afghanistans, die eine politische und ökonomische Konsolidierung des Landes ohne Hilfe von außen nahezu unmöglich erscheinen ließen. Die Verabschiedung einer demokratischen Verfassung sowie die Durchführung von Präsidentschaftswahlen änderten wenig an den nach wie vor ungelösten Problemen des Landes, zu denen an erster Stelle die regionale Dominanz der Warlords, die Drogenökonomie und die Terrorismusbekämpfung zählen. Auch er beurteilt die Erfolgsaussichten der »Broader Middle East Initiative« eher skeptisch, da sie die für Afghanistan wichtige Festigung des Zentralstaates zu wenig berücksichtige. Ausdrücklich warnt er vor der Gefahr einer »Ermüdung des Willens« der

internationalen Staatengemeinschaft, den Stabilisierungsprozess Afghanistans militärisch abzusichern und betont die Notwendigkeit einer engeren Verknüpfung mit politisch-diplomatischem Vorgehen.

André Gärber, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, konkretisiert die BMEI auf eine mögliche Lösung der »Problemfälle« Irak und Iran. Ebenso wie die die Mehrheit der Autoren des Sammelbandes sieht er die Überwindung der zentralen Entwicklungs- und Demokratiedefizite in der Region als langfristige Aufgabe an, die in erster Linie von den betreffenden Gesellschaften selbst in Angriff genommen werden muss. Die externen Akteure können und sollen diesen Prozess nach Kräften unterstützen, eine wirkungsvolle Unterstützung wäre insbesondere möglich durch einen »Schulterschluss« von USA und EU. Gradmesser für seine Glaubwürdigkeit bleibe allerdings die Lösung der zentralen regionalen Konflikte – an erster Stelle der israelisch-palästinensische und der Irak-Konflikt – sowie ein einheitliches Konzept für den Umgang mit dem politischen Islam (233).

Oliver Meier vom IFSH untersucht den Konflikt um das iranische Nuklearprogramm, dessen Lösung besonders schwierig erscheint, weil er »im Schnittpunkt ambivalenter innenpolitischer Faktoren, unscharfer rechtlicher Rahmenbedingungen und eines dynamischen sicherheitspolitischen Umfeldes liegt.« (235) Kurzfristig plädiert er für eine Strategie der Eskalationsverhütung, die das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft in die friedlichen Absichten des iranischen Atomprogramms (wieder) herstellt, glaubwür-

dige Garantien schafft, dass ein militärischer Missbrauch des iranischen Atomprogramms auf absehbare Zeit ausgeschlossen bleibt sowie dem Iran Anreize bietet, eine solche Lösung zu akzeptieren (245). Langfristig erfordert die Lösung des Problems zumindest eine Abschwächung der zentralen Konflikte in der Region, insbesondere eine Verständigung mit der entscheidenden Nuklearmacht in der Region, mit Israel. Ziel müsse auf jeden Fall die Verhinderung eines Missbrauchs kernwaffenfähigen Materials für militärische Zwecke sein (247).

In ihren Thesen, Optionen und Empfehlungen am Schluss des Sammelbandes präzisieren die Herausgeber *Ehrhart* und *Johannsen* noch einmal die Region des BME und stellen klar, dass sie die Mitgliedstaaten der Arabischen Liga sowie Afghanistan und den Iran umfasse. Pakistan, Israel und die Türkei, die in der ursprünglichen BMEI Washingtons mit genannt wurden, sind auf Drängen der EU wieder herausgenommen worden (252). Ob dadurch die Bedenken gegenüber den unterschiedlichen Problematiken der einzelnen Konflikte in der Region ausgeräumt sind, bleibt allerdings offen. Im Unterschied zur offiziellen Diktion der BMEI begreifen die Herausgeber die Krise der Region als »Teil der allgemeinen Modernisierungskrise der Dritten Welt im Zeitalter der Globalisierung« und ausdrücklich nicht begrenzt auf die arabische oder gar islamische Welt (253). Die Herausforderung, die sich der Westen gestellt habe, könne nur vor dem Hintergrund der kulturellen, ökonomischen, sozialen und politischen Besonderheiten des regionalen

Staatenbildungsprozesses entschieden werden. Von daher entscheide sich die Leitfrage des Sammelbandes – »Herausforderung Mittelost – Übernimmt sich der Westen?« nicht allein in Washington oder Brüssel, sondern ebenso in Kairo, Riad und anderen Metropolen der Region.

Ulrike Borchardt

Johannes Harnischfeger, Demokratisierung und islamisches Recht – Der Scharia-Konflikt in Nigeria, Frankfurt/New York (Campus Verlag) 2005.

Wenn Sie eine Frau sind, stellen Sie sich vor, dass Sie wegen einer außerehelichen Liebschaft gesteinigt werden. Wenn Sie ein Mann sind, stellen Sie sich vor, dass Sie unzählige Ehefrauen haben, darunter auch Minderjährige, und darüber hinaus noch beliebig viele uneheliche Kinder zeugen können. Die Frau läuft jedoch Gefahr wegen Unzucht verurteilt zu werden.

Sie können sich das nicht vorstellen? Willkommen im Nigeria des 21. Jahrhunderts. Johannes Harnischfeger beschreibt in seinem Buch »Demokratisierung und islamisches Recht – Der Scharia-Konflikt in Nigeria« auf eindrucksvolle Weise die Ursachen und Konsequenzen der Scharia-Kampagne in Nigeria. Mit dem Übergang zur Demokratie im Jahr 1999 führten die zwölf Bundesstaaten im Norden die Scharia-Gesetze ein und legitimierten damit die beschriebenen Praktiken. Sie pochten auf ihr neuerworbenes Recht auf Selbstbestim-

mung und verwarfen die Kritik der christlichen Igbo und Yoruba im Süden des Landes, die wiederholt auf die Menschenrechtsverletzungen hinwiesen, die in der Scharia-Gesetzgebung verankert sind.

Bereits in der Einleitung erklärt Harnischfeger die Grundzüge des Konflikts. Das zweite Kapitel »Religiöse und ethnische Vorherrschaft« beschäftigt sich mit der Geschichte der Scharia-Gesetze, vom Kalifat von Sokoto, welches bis heute als goldenes Zeitalter verherrlicht wird, über das Kolonialsystem, das die Scharia-Gesetzgebung als Stütze für seine Macht benutzte, bis hin zur Unabhängigkeit. Im dritten Kapitel »Das Ende des säkularen Staates« beschreibt Harnischfeger die Islamisierung aller Lebensbereiche, auch die von Nicht-Muslimen. Der Rückzug des Militärs aus dem politischen Leben und die Zurückweisung westlicher Gedankenmodelle spielen dabei eine entscheidende Rolle. Der Gedanke der Trennung von Staat und Religion ist dem Islam fremd. Im Gegenteil, die Existenzberechtigung des Staates lässt sich nicht aus dem Schutz seiner Bürger heraus ableiten, sondern stützt sich auf die Durchsetzung islamischer Gebote. Um dieses Ziel zu verwirklichen, benötigen Muslime jedoch die Kontrolle über den Staatsapparat, was sie wiederum in Konflikt mit Andersgläubigen bringt. Der Ruf nach Säkularisierung wird oftmals als weiterer westlicher Versuch verstanden, den Islam zu schwächen

So ist das vierte Kapitel dann auch der »Scharia als Mittel politischer Erpressung« gewidmet. Hier tritt eine Besonderheit Nigerias hervor: Obwohl der Norden überwiegend muslimisch ist und der Süden überwiegend christlich, gibt es viel christliche Igbo oder

Yoruba, die sich im Norden als Händler niedergelassen haben und dort besonders stark unter den Repressionen der Scharia-Gesetzgebung leiden. Vice versa werden Muslime somit ständig mit den Freiheiten der anderen Religion, insbesondere was die Rechte der Frauen betrifft, konfrontiert, da »Ungläubige«, also Christen und Juden, nicht der Scharia-Gesetzgebung unterstehen. Dadurch wird es für muslimische Geistliche besonders schwierig, die strengen Regeln der Scharia durchzusetzen, denn warum sollten »Ungläubige« milder bestraft werden als Muslime? Durch die Migration der Religionen in verschiedene Teile des Landes werden ihre Anhänger oftmals Opfer von religiös motivierter Gewalt. Kommt es in Zamfara zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen Christen, drohen die Igbo im Süden des Landes der dort ansässigen muslimischen Bevölkerung mit Vergeltung.

Aber die Scharia-Kampagne richtet sich nicht nur gegen das Christentum, sondern versteht sich vielmehr als Gegenmodell zu einer als sittenlos und gottlos empfundenen westlichen Gesellschaft. So ist das fünfte Kapitel dann auch mit dem Titel überschrieben: »Scharia als Gegenmodell zu Demokratien«. Das ehemalige Vorbild einer westlichen Demokratie ist nach Ansicht vieler Muslime gescheitert. Korruption, Verbrechen und der allgemeine Sittenverfall sind folglich Anzeichen dieses Prozesses. Das Vakuum, das der Zerfall der staatlichen Institutionen hinterlassen hat, soll nun durch die strikte Anwendung der Scharia-Gesetze gefüllt werden. Damit verbindet sich auch die Hoffnung auf ein besseres Leben, in der die Reichen aus Angst vor den göttlichen Gesetzen zu einem

frommen Lebensstil zurückfinden und ihren Reichtum in gerechter Form mit den Armen teilen.

Natürlich gibt es auch Kritik von Muslimen an der wortgenauen Auslegung der Scharia-Gesetze und den Versuch, diese zu reformieren. Mit den verschiedenen Kontroversen über die Scharia beschäftigt sich das sechste Kapitel. Hierbei wird deutlich, dass muslimische Scharia-Kritiker immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert werden, sie seien keine wahren Muslime, da sie viel zu sehr mit den liberalen Ideen westlichen Gedankengutes liebäugeln. Der Koran erlaubt angeblich keine andere Auslegung als die wortgenaue und besitzt unendliche Gültigkeit. Dadurch wird die Möglichkeit einer westlichen Intervention in den Konflikt, wie sie im siebten Kapitel untersucht wird, stark eingeschränkt, denn jede weitere Einmischung würde von Muslimen als Angriff auf ihre Religion verstanden und die Fronten nur noch mehr verhärten. So stellt sich der Autor dann am Ende auch die berechtigte Frage, ob der Westen überhaupt Interesse daran haben kann, eine Vermittlerrolle einzunehmen, in der es letzten Endes darum geht, heilige Texte, die zur Diskriminierung von Frauen und »Ungläubigen« aufrufen, als Rechtsgrundlage anzuerkennen. Eine Antwort auf die grundlegende Frage, wie denn mit diesem Konflikt umzugehen sei, gibt Harnischfeger allerdings nicht. Das Buch ist gerade deshalb so empfehlenswert, weil es eben nicht ein fertiges Lösungsschema präsentiert, sondern die Perspektiven und Motivationsgrundlagen der einzelnen Akteure im Scharia-Konflikt darstellt.

Alexandra Sterz

Klaus Schlichte, *Der Staat in der Weltgesellschaft – Politische Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika, Frankfurt/New York (Camopus) 2005.*

Der Berliner Politikwissenschaftler Klaus Schlichte wagt mit diesem Buch mehr als einen Blick über die in der Disziplin übliche Selbstbeschränkung auf Staaten westlicher Prägung hinaus. Anders als auch in der praktischen Politik meist implizit angenommen, sind die Staaten in der Mehrzahl nicht europäisch organisiert und institutionalisiert. Um Herrschaft, eine der zentralen Kategorien, wirklich erfassen zu können, muss sie im Zusammenspiel mit ihrem »Milieu« analysiert werden. Es ist also zu fragen, welche Parameter Herrschaft ermöglichen, von welchen Kriterien sie abhängt und wie ihre Auswirkungen sind. Interessant ist hierbei die geschichtliche Interaktion europäischer Staatlichkeit mit anderen Formen der Vergesellschaftung: Durch die europäische Expansion im Kolonialismus begann sich ein Zusammenhang zwischen vormals geschiedenen Gesellschaften herauszubilden, in dem ältere Formen verändert, aufgelöst oder integriert und in der Folge Teil der Weltgesellschaft wurden, innerhalb derer sie zwar weiterhin als Einzelphänomene erkennbar bleiben, darin jedoch einen Gesamtzusammenhang darstellen.

Herrschaft erscheint als eine institutionalisierte Ausprägung der Macht, die gesellschaftlich verankert ist und sich über die Zeit wandelt, also historisch ist. Unter Bezugnahme auf soziologische Begriffe, insbesondere Webers Machttheorien, aber auch Elias, Bourdieu und Foucault destilliert Schlichte

ein begriffliches Instrumentarium heraus, mit dem das Spannungsfeld zwischen Macht und Herrschaft erkundet werden kann. Innerhalb von Staatlichkeit finden beide Phänomene ihre Struktur, wobei das Spannungsfeld zwischen dem abstrakten Ideal von Staatlichkeit und der sozialen Praxis, die nicht alle Aspekte des Ideals voll ausprägt, bestehen bleibt. Um Politik nun analysieren zu können, sind diese Kategorien insofern geeignet, als sie die Dynamik von Staatlichkeit erfassen können. Staatlichkeit als Ideal und zugleich als Praktik beinhaltet Wechselwirkungen zwischen der Negation und Anerkennung des Staates und dessen Versuch, dem Ideal flächendeckender und schichtenübergreifender Herrschaft nahezukommen. Wenn man den Staat mit Schlichte als Machtfeld versteht, dessen Grenzen auch durch Gewalt festgelegt werden, dann kann man die darin enthaltene Dynamik zwischen gesellschaftlichen Akteuren und der Vorstellung, wie der Staat sein solle, besser begreifen.

Für den Staat in der Dritten Welt gilt nunmehr, dass er sich an einem aus Europa exportierten Ideal abarbeiten muss, während gleichzeitig soziale Prozesse, die ihre Wurzeln in älteren sozialen Zusammenhängen haben, integriert werden müssen. Dabei muss der Umgang mit der Gewalt neu verhandelt werden, denn: »Die Monopolisierung des legitimen Gewaltgebrauchs ist wohl das unumstrittene Kernmerkmal moderner Staatlichkeit. Die Apparate des Staates sichern den inneren und den äußeren Frieden, und diese basale Ordnung ist zugleich Bedingung der Möglichkeit jeder weiteren politischen Gestaltung durch

den Staat. Die Gewalt ist im doppelten Sinne der Grund des Staates« (S. 126/127). So lassen sich Kriege sowohl auf Modernisierungsdynamiken, die durch kapitalistische Durchdringung von Gesellschaftsteilen hervorgerufen werden, als auch auf Eingriffe von Staaten in traditionelle Herrschaftszusammenhänge zurückführen, wenn dadurch staatliche Suprematie hergestellt werden soll. Parallel dazu ist eine Internationalisierung von Herrschaft zu beobachten, die gleichwohl dem abstrakten Ideal des Staates weiter verpflichtet bleibt: Dass bei internationalen Interventionen die Souveränität rhetorisch besonders gern bemüht wird, ist dafür ebenso Anzeichen wie der rasche (Wieder-)Aufbau staatlicher Agenturen nach Interventionen (S. 179). Für die Finanzierung von Staatlichkeit gilt analog, dass die klassische Steuer als Finanzierungsgrundlage aufgrund mangelnder Kapazitäten zu ihrer Abschöpfung von nur geringer Bedeutung ist, gleichzeitig die informellen Wege, auf den Weltmärkten zum Teil hohe Gewinne zu erzielen, wachsenden Einfluss gewinnen. Dies führt dazu, dass Schattenökonomien den Staat transzendieren und so seine Herrschaftsansprüche untergraben, dabei aber durch die informelle Besteuerung – Korruption – gleichwohl das beschriebene Ideal von Staatlichkeit reproduzieren.

Im stärksten Kapitel des Bandes zur »Semantik des Staates« beleuchtet Schlichte die Zusammenhänge zwischen Macht und Herrschaft, wobei letztere ihre Voraussetzung in einem Mindestmaß an staatlicher Autonomie findet; diese ist jedoch daran gebunden, dass der Staat ausreichende Legitimität erlangt hat, um Rückwirkungen auf

das soziale Leben vollziehen zu können. Wiederum unter Rückgriff auf soziologische Theorien zeigt sich dabei, dass das Ideal von Staatlichkeit zwar hinsichtlich Bürokratisierung, Verfahrensregeln und kodifizierter Normen für europäische Staaten weitgehend gilt, die Durchdringung des Sozialen in der Dritten Welt aber gering ist. Symbolische, traditionelle Strukturen der Interaktion zwischen Bevölkerung und Staat weisen eine hohe Dauerhaftigkeit auf und mindern so die Legitimität des Staates, der einen exklusiven Alleinregelungsanspruch nicht durchsetzen kann. Damit er dennoch nicht als nurmehr »einer unter vielen« Akteuren gilt, kommen Mythen und Narrative ins Spiel, religiöse Begründungen (die jedoch Säkularisierungstendenzen behindern) sowie letztlich der Rekurs auf das (staatliche) Recht, das freilich gleichfalls mit tradierten Normen und Verfahren zur Herstellung des (Rechts-)Friedens konkurrieren muss. Zwar sei eine Entwicklung zu beobachten, dass staatliche Rechtsnormen nach und nach verankert würden, die freilich durch die Internationalisierung der Politik und der Ideen behindert werde: »In dem Maße, in dem diese Entwicklung als erzwungen und oktroyiert wahrgenommen und empfunden wird, gehen die Gewinne an legal-rationaler Herrschaft wieder verloren« (S. 261).

In der Zusammenschau belegt Schlichte, dass auch die oberflächlich gegen den Staat gerichteten Dynamiken, wie Privatisierung von Sicherheit und Produktivvermögen, durch das ständige Zitat der Ideale von Staatlichkeit der Idee des Staates selbst letztlich nichts anhaben können. Gerade die Struktur des in-

ternationalen Systems, in dem Staaten die Hauptrollen spielen, garantiert dem Staat zumindest auf dieser Bühne einen unumstrittenen Auftritt. Dennoch wird der Staat im internationalen Umfeld zum Machtfeld, in dem sich auch Einflussträger aus internationalen Organisationen, Investoren und Sicherheitsproduzenten tummeln. Diese setzen Rationalität staatlichen Handelns voraus, stehen aber stattdessen der überwiegend personalisierten Herrschaft in den Staaten der Dritten Welt gegenüber; aus dieser Fehlperzeption ergibt sich eine Nische, in der ihre Werte nicht mehr durchsetzbar sind.

Klaus Schlichte, Leiter der Forschungsgruppe »Mikropolitik bewaffneter Gruppen« an der Humboldt-Universität zu Berlin, beleuchtet aus einer theoretisch wie empirisch eingebetteten Sicht heraus, warum der Staat im globalen Maßstab eine so wichtige wie fehleingeschätzte Rolle spielt. Sein Buch ist deshalb so erkenntnisbringend und für die Analyse brauchbar, weil es belegt, wie die Annahme, durch Liberalisierung und wirtschaftliche Kooperation notwendigerweise funktionsfähige Staatlichkeit zu fördern, zu kurz greift. Der Staat in der Weltgesellschaft ist nämlich Mitkonkurrent um Macht, nicht deren Eigener.

Florian P. Kühn

Olaf Ihlau, Weltmacht Indien – Die neue Herausforderung des Westens, München, (Siedlerverlag) 2006.

Indien, das Land der unglaublichen Weltrekorde und grausamen Horrormärchen. Die größte Nation der Erde mit 1,46 Milliarden Menschen erzielte in den letzten Jahren

traumhafte Wachstumsraten, errichtete in Bangalore das erste indische Silicon Valley und erreichte die Weltspitze in der Informationstechnologie. In den Wolkenkratzern der IT Branche fanden Hunderttausende eine Anstellung und ein Leben in relativem Wohlstand. Zur selben Zeit fristen nach wie vor 18 % der Bevölkerung ein jämmerliches Dasein als Unberührbare – die so genannten Parias. Sie verrichten nur die niedrigsten Arbeiten, sind in der Mehrzahl Analphabeten und führen oftmals ein Leben als Leibeigene in einem grausamen System der Feudalherrschaft, das man in Europa aus dem Mittelalter kennt. Während amerikanische und europäische Patienten sich in Massen in Indien preiswerten und qualitativ hochwertigen medizinischen Behandlungen unterziehen, gibt es beispielsweise für hunderttausende Lepröse im eigenen Land keinerlei soziales Auffangnetz.

Wie kann Indien diese unglaublichen Gegensätze vereinigen und wie sollte der Rest der Welt mit diesem aufstrebenden Giganten umgehen? Diese Fragen stellt sich auch Olaf Ihlau in seinem neuen Buch. In 14 Kapiteln zeichnet er ein vielfältiges Bild des indischen Subkontinents mit all seinen Stärken und Schwächen und den daraus folgenden Konsequenzen für die gesamte Welt.

Eine der größten Stärken, aber auch die größte Schwäche Indiens liegt Ihlau zufolge in der religiösen, ethnischen und sozialen Vielfalt. Christen, Juden, Muslime, Hindus, Parsen, Sikhs und viele andere Glaubensgemeinschaften streiten um die religiöse Vorherrschaft. Indien beherbergt mit 150 Millionen Muslimen mehr Anhänger des islamischen

Glaubens als Pakistan. Gleichzeitig ist der Hinduismus die stärkste Religion im Land. Sie unterstützt die Kastenhierarchie, die mit ihren vier Hauptkasten und 3000 Unterkasten zwar 1949 per Gesetz verboten wurde, aber in großen Teilen des Landes weiterhin praktiziert wird. Ihlau bekräftigt die gewagte These, dass das indische Kastensystem mit dem ehemaligen Apartheidsystem in Südafrika vergleichbar sei. Neben dieser religiösen Vielfalt gibt es auch noch eine unglaubliche Anzahl an verschiedenen Ethnien und Stämmen. Dies zeigt sich beispielsweise darin, dass die Verfassung 18 Hauptsprachen und 1600 Dialekte sowie 500 angemeldete Parteien benennt. Es verwundert nicht, dass diverse Sezessionsbewegungen, vor allem im Bundesstaat Bihar, die Einheit des indischen Staates bedrohen. Hinzu kommt die Bedrohung von außen durch den Dauerkonflikt mit Pakistan. Umso erstaunlicher ist es, dass Indien nach seiner Unabhängigkeit von England nicht den Weg einer Entwicklungsdiktatur wählte, wie so viele andere Entwicklungsländer, sondern zur weltweit größten Demokratie aufstieg.

Immer wieder verweist Ihlau auf die erstaunliche geschichtliche Entwicklung des Subkontinents. Vom Staatsdirigismus unter Nehru, der sich an der Planwirtschaft Russlands und dem kommunistischen China von Mao Tse-Tung orientierte, über Indira Gandhi, die mit ihrem autoritären Gebaren die Demokratie erheblich ins Wanken brachte, bis hin zu dem jetzigen Regierungschef Manmohan Singh war es ein langer und beschwerlicher Weg. Mit dem Zerfall der russischen Macht, maroden Staatsfinanzen und einem geringen Wirtschaftswachstum,

das die Massen der Arbeitssuchenden niemals bewältigen konnte, war Indien überreif für Reformen. Singh verordnete dem Land zu Beginn des Jahrhunderts eine Rosskur. Die Liberalisierung und Privatisierung großer Teile der Wirtschaft sowie die allgemeine Öffnung des Landes hin zum Westen führten zum wirtschaftlichen Erfolg. Kehrseite des Erfolges ist die Massenarmut und die Tatsache, dass weiterhin 70 % der Bevölkerung in der Agrarwirtschaft tätig sind, wo sie ohne irgendein soziales Netz dem Monsun und den Launen der Landlords ausgeliefert sind. Hinzu kommt die katastrophale Infrastruktur Indiens: Das indische Straßennetz ist eines der gefährlichsten der Welt; jährlich sind 80.000 Verkehrstote zu beklagen.

Trotz alledem ist Indien auf dem besten Weg eine wirtschaftliche, politische und militärische Weltmacht zu werden, die lange Zeit im Schatten der chinesischen Erfolgsgeschichte stand, nun aber unaufhaltsam die weltpolitische Bühne betritt und das internationale Kräfteverhältnis gehörig durcheinander bringt. Ihlau ist überzeugt davon, dass nur ein wirklich politisch und wirtschaftlich geeintes Europa fit ist für diesen globalen Wettstreit um Ressourcen, Arbeitskräfte und Absatzmärkte.

Immer wieder verwendet er das Bild des Elefanten. Der indische Elefant ist im Vergleich zum Tiger oder Drachen zwar langsam und bedächtig, aber wenn er einmal anfängt zu laufen, ist er nicht mehr aufzuhalten. In diesem Sinne liefert das Buch eine gelungene Übersicht über die Entwicklung Indiens und die damit verbundenen Konsequenzen für den Rest der Welt.

Alexandra Sterz

Helga Baumgarten, Hamas. Der politische Islam in Palästina, Kreuzlingen/München (Heinrich Hugendubel-Verlag) 2006.

Ihr Buch »Palästina: Befreiung in den Staat. Die palästinensische Nationalbewegung seit 1948« aus dem Jahre 1991 ist ein Standardwerk. Fünfzehn Jahre später hat die Politikwissenschaftlerin und Nahost-Spezialistin Helga Baumgarten, die an der Birzeit Universität in Palästina lehrt, ihrer Arbeit über die PLO eine über die Hamas folgen lassen. Und wieder füllt Baumgarten eine Lücke, gibt es doch im deutschen Sprachraum keine vergleichbare Publikation, die der verbreiteten Dämonisierung der palästinensischen Organisation des politischen Islam eine solide Analyse entgegensetzt und daraus überzeugende Konsequenzen für den Umgang des Westens mit den palästinensischen Nationalreligiösen zieht.

Weit entfernt davon, den vereinfachenden Darstellungen der Hamas als Organisatorin von Selbstmordattentaten, als Ansammlung antisemitischer Extremisten oder als eifernder Islamisten eine ebenso simplifizierende Präsentation der Hamas als Partei nationalreligiöser Saubermänner entgegen zu setzen, weiß sich Baumgarten einem analytischen Ansatz verpflichtet, der den politischen Islam in den Kontext des Konfliktes zwischen Norden und Süden stellt. Aus dieser Verortung der Hamas erwächst die entscheidende Differenz zu den Dschihadisten des Osama Bin Laden, eine Differenz von großer politischer Tragweite, die gegen den alles einebnenden »Krieg gegen den Terror« gar nicht genug betont werden kann. Baumgarten nennt Organisationen

wie die Hamas, die sich auf die Muslimbruderschaft berufen, »Legalisten«. Darunter versteht sie die gemäßigte und zur Integration in die Politik bereite Variante des politischen Islam, wie sie heute in Jordanien und in Ägypten zu finden ist. Was Hamas von den dortigen Bewegungen unterscheidet, ist ihr eindrucksvoller Sieg bei den palästinensischen Parlamentswahlen im Januar 2006. Erstmals ist im Vorderen Orient eine Organisation des politischen Islam durch freie Wahlen in Regierungsverantwortung gelangt. Grund genug nicht nur für Lehrende und Lernende, sondern auch und vor allem für außenpolitisch Verantwortliche, dieses Buch gründlich zu lesen.

Baumgarten verfolgt die Entstehung der Hamas aus der Muslimbruderschaft in Ägypten seit 1928 bis zu ihrer Gründung zu Beginn der palästinensischen Intifada 1987. Sehr instruktiv sind die Beobachtungen zu den Folgen der andersartigen politischen Bedingungen im Gazastreifen und im Westjordanland für die Entwicklung der Muslimbrüder vor der israelischen Besatzung 1967, die in deren Folge erstmals nach 20 Jahren wieder zusammenarbeiten konnten. Die Verankerung der Hamas vor allem im Gazastreifen wird so auch historisch nachvollziehbar. Die nachfolgenden fünf Kapitel sind mit der Entwicklung des israelisch-palästinensischen Konfliktes verzahnt. Sie folgen damit einer gewissen chronologischen Ordnung, setzen aber durch die gewählten Zäsuren wichtige Merkmale, die in den Kapitelüberschriften prägnant zum Ausdruck kommen: »Zweistaatenlösung oder islamischer Staat?«, »Israel und die Hamas«, »Hamas und der

Osloer Prozess«, »Von der Gewalt zur Politik« und »Die Entscheidung zur Teilnahme an Wahlen«. Wenngleich die Entwicklung der Hamas also in den Kontext der israelischen Besatzungspolitik gestellt wird, kommen auch die innerpalästinensischen Dynamiken als Folge der Konkurrenz der strategischen Diskurse zwischen der PLO und der Hamas nicht zu kurz. In diesen Kapiteln setzt Baumgarten sich außerdem mit einer Reihe wichtiger Fragen wie der nach der Dynamik der Gewaltzyklen und der nach der Verantwortung für das Scheitern des Friedensprozesses auseinander.

In ihrem Ausblick plädiert Baumgarten überzeugend dafür, dass der Westen Hamas als das versteht, was diese Organisation ist: Eine Antwort auf die israelische Besatzung, die in die palästinensische Politik integriert ist, der mit diplomatischer Isolierung und finanzieller Strangulierung nicht beizukommen ist und die als außenpolitischer Akteur in die internationale Politik integriert werden kann und sollte. Baumgarten kann für diese Einschätzung gewichtige Stimmen aus Israel und aus der Europäischen Union zitieren. Bekanntlich haben sich vorerst die Falken durchgesetzt, die auf Boykott und physische Liquidierung setzen. Bleibt zu hoffen, dass nach den amerikanischen Kongresswahlen in Berlin und Brüssel neu gedacht und gehandelt wird.

Dass die Autorin in ihrer Analyse wie in ihren Empfehlungen nicht einer Ideologie der Wertfreiheit folgt, sondern für das Recht der Palästinenser auf Befreiung von Besatzungsherrschaft und nationale Selbstbestimmung eintritt, sollte der Vollständigkeit halber hinzugefügt wer-

den. Wie vor fünfzehn Jahren in ihrem Buch über die PLO, so hat Baumgarten erneut einen wichtigen Beitrag zur Entdämonisierung wichtiger Akteure des palästinensischen Befreiungskampfes geleistet. Diesem Zweck dient erkennbar auch der Abdruck zwei wichtiger Dokumente: Die Charta der Islamischen Widerstandsbewegung Hamas, übersetzt von Lutz Rogler von der Redaktion des Informationsprojekts Naher und Mittlerer Osten (INAMO) und das Wahlprogramm für die Kandidaten der Hamas-Liste »Veränderung und Reform« bei den palästinensischen Parlamentswahlen 2006, übersetzt von Günther Orth.

Margret Johannsen

Stefan Kirsch (Hrsg.), Internationale Strafgerichtshöfe, Baden-Baden (Nomos Verlag) 2005.

In der Schriftenreihe Deutsche Strafverteidiger e.V. liefert Stefan Kirsch dem Leser Beiträge renommierter Straf- und Völkerrechtler zum Themenkomplex Internationale Strafgerichtshöfe. Darunter sind gemäß dem Autor zu subsumieren die Internationalen Straftribunale für Ex-Jugoslawien und Ruanda (ICTY und ICTR), der Internationale Strafgerichtshof (ICC) sowie die hybride Erscheinungsform der internationalisierten nationalen Gerichtshöfe in Sierra Leone, Kambodscha, Osttimor und Kosovo. Im Rahmen der Betrachtung der historischen Entwicklung finden auch die Internationalen Militärtribunale von Nürnberg und Tokio Eingang in den Sammelband.

Nach einer Einführung von Wolfgang Schomburg in die Internationale Strafgerichtsbarkeit folgt eine Analyse des Vorverfahrens vor dem Internationalen Straftribunal für das ehemalige Jugoslawien von Christina Möllers. Dieser Beitrag strukturiert das für den unkundigen Leser schwer überschaubare Vorverfahren und erleichtert somit das Verständnis, indem es sachdienliche Verknüpfungen zu bereits durchgeführten Verfahren einbaut und so die praktische Bedeutung einzelner Verfahrensregeln hervorhebt. Auch wenn der Text anhand von Beispielfällen in Teilbereichen in die Problematik einsteigt, bleibt er doch leider auf einer deskriptiven Ebene. Nichtsdestoweniger bietet er einen guten Einblick in das in der Praxis sehr relevante Vorverfahren. Der Text erläutert zudem die zentralen Diskussionspunkte, die die Schaffung des ICTY und seine Daseinsberechtigung betreffen. Im Anschluss folgt ein Beitrag von Jan Christoph Nemitz, indem sich dieser ausführlich mit dem Beweisrecht in der Hauptverhandlung vor dem Jugoslawientribunal (ICTY) beschäftigt. Anschließend dokumentiert Steffen Wirth das Rechtsmittelverfahren des ICTY, ein Verfahren, das nicht identisch ist mit den in Deutschland existierenden Berufungs- und Revisionsver-

fahren, wohl aber Elemente beider Verfahren zusammenführt. Er erläutert hierbei zunächst den Zweck dieses Verfahrens, um im Anschluss in einer systematischen Ablaufbeschreibung Einzelheiten des Verfahrens genauer zu erläutern.

Dem folgend enthält der Sammelband Beiträge von Christian Rohde und Nikolaus Toufar zur Stellung und Aufgabe der Gerichtskanzlei unter besonderer Berücksichtigung der Verteidigerschaft, und von Peter Robinson zu den Voraussetzungen der Zulassung als Anwalt und dessen Arbeitsfeld in Verfahren vor einem Internationalen Strafgericht. Im Anschluss folgt ein Beitrag von Wolfgang Schomburg zum Thema Zusammenarbeit mit den Internationalen Strafgerichtshöfen. Hierin erläutert der Autor eines der Grundanforderungen der internationalen Strafverfolgung. Nur bei einer engen Kooperation zwischen Gericht und Staaten lassen sich Verfahren von derartigem Ausmaß realisieren. Die Gerichte, sei es ICTY, ICTR oder ICC, sind auf die Staaten in vielfacher Weise angewiesen. Das Zusammenführen von Beweisen und Zeugenaussagen, die Inhaftierung der Verdächtigen und Verurteilen und nicht zuletzt die Bereitstellung finanzieller Mittel erfordern ein hohes Maß an staatlicher Beteili-

gung am Prozess. Dies gilt insbesondere, wie Wolfgang Schomburg zutreffend feststellt, für den ICC, dem mangels direkter Verknüpfung mit einer Resolution des UN-Sicherheitsrats kein Zwangsapparat den Rücken stärkt. So äußert der Autor abschließend die Hoffnung, dass sich die Staaten auch weiterhin ihrer Verantwortung bewusst sein werden, um das Projekt ICC erfolgreich fortführen zu können.

Nachfolgend liefert Kai Ambos einen detaillierten Überblick über ausgewählte Aspekte der völkerstrafrechtlichen Kernverbrechen. Nach einer kurzen historischen Einführung erläutert er die objektiven, subjektiven und weiteren Voraussetzungen einer Strafbarkeit von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Unter Bezugnahme auf die Statute der beiden Ad-hoc-Tribunale ICTY und ICTR und des ICC erläutert er die einzelnen Tatbestände unter genauer Aufschlüsselung der verschiedenen Tatbestandsmerkmale. Im Anschluss daran folgt eine Abhandlung von Oliver Fixson zur Entstehung des ICC und dessen Stellung im Völkerrecht. Nach einem kurzen historischen Abriss folgt eine Begutachtung des Verhältnisses des ICC zu den Vereinten Nationen und dem UN-Sicherheitsrat. Sehr klar

und zutreffend betont Fixson hierbei die Besonderheiten, die aus der von den Vereinten Nationen getrennten Rechtspersönlichkeit des ICC entstehen. So macht er darauf aufmerksam, dass, im Gegensatz zu den Ad-hoc-Tribunalen, die vom UN-Sicherheitsrat nach Kapitel VII der UN-Charta eingesetzt wurden, vor dem ICC die völkerrechtlich verankerten Immunitäten von Staatsoberhäuptern und Diplomaten zu beachten sind, deren Länder einen Beitritt zum ICC abgelehnt haben. Ebenso sei bei Fragen der Auslieferung von Verdächtigen an den ICC das Manko der Universalität des Gerichtshofs zu beachten, wenn die Verdächtigen aus einem Nichtmitgliedstaat kommen.

Abgerundet wird der Sammelband von einer historischen Betrachtung der Entwicklung internationaler Strafgerichtsbarkeit von Claus Krefß und Felicitas Wannek, sowie einem Beitrag von Michael Bohlander und Renate Winter zu internationalisierten Strafgerichten auf nationaler Ebene. Im Anhang des sehr lesenswerten Sammelbands findet sich neben dem Statut und den Beweisregeln des ICTY ein ausführliches und hilfreiches Verzeichnis weiterführender Literatur.

Mayeul Hiéramente